

„Konfliktsensitive Unternehmenspraxis kann wirtschaftlicher sein als Ignoranz und Ablehnung jeglicher Verantwortung“



Interview mit Dr. Mathias John, Amnesty International (AI)

CSR WeltWeit: Herr Dr. John, wie lange ist Amnesty International als NGO schon im Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte bzw. Unternehmen in Konfliktregionen aktiv? Wie hat sich die Herangehensweise in dieser Zeit verändert und entwickelt? Worauf liegt der Schwerpunkt Ihrer Arbeit in diesem Feld?

Mathias John: Amnesty International arbeitet seit Anfang der Achtzigerjahre zum Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte, da wir der Auffassung sind, dass auch Unternehmensaktivitäten wichtige Einflussfaktoren für die Entwicklung der Menschenrechtssituation sein können und natürlich auch wirtschaftliche Akteure eine Verantwortung für die Menschenrechte haben. Wir haben uns von Beginn an auch mit dem Thema Unternehmen in Konfliktregionen befasst, da sich immer wieder gezeigt hat, dass multinationale Konzerne mit ihren Aktivitäten auch zur Verschärfung von Konflikten beigetragen haben, andererseits aber bei gutem Willen auch zu Konfliktlösungen beitragen können.



Die Aktivitäten von Amnesty gegenüber der Wirtschaft liefen daher auch von Beginn an immer zweigleisig: Auf der einen Seite Offenlegung von Fehlverhalten und Übergriffen, um öffentlichen Druck zu erzeugen, auf der anderen Seite Dialog, um gerade bei Unternehmen das Bewusstsein für ihre Verantwortung für die Menschenrechte zu schaffen oder zu vertiefen und Instrumente für verantwortungsvolles Unternehmenshandeln zu entwickeln. Und nicht zuletzt sehen wir es als unsere Aufgabe, auch Regierungen, die primär für Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte zuständig sind, dazu anzuhalten, von den Akteuren aus der Wirtschaft menschenrechtlich konformes Verhalten einzufordern.

CSR WeltWeit: Muss die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Konfliktzonen anders interpretiert werden als wenn diese in friedlichen Gebieten investieren?

Mathias John Natürlich müssen Unternehmen in Konfliktzonen noch genauer auf mögliche Risiken achten als in friedlichen Gebieten. Ein Unternehmen, das unvorbereitet in einer Konfliktzone tätig wird, läuft sehr schnell Gefahr, unter wirtschaftlichen Druck zu geraten, vereinnahmt zu werden oder auch selber als Partei im Konflikt zu agieren. Aus unserer Sicht ist es daher nötig, dass ein Unternehmen vor allen Investitionen in Konfliktzonen eine sehr

sorgfältige Risikoanalyse durchführt, die sich nicht nur auf wirtschaftliche Entscheidungskriterien stützt, sondern eben auch das gesamte Konfliktumfeld und dabei insbesondere die Menschenrechtssituation und die Auswirkungen der geplanten Aktivitäten auf dieses Umfeld berücksichtigt.

Ein wichtiger Schritt dabei sind natürlich freiwillige Instrumente wie die „Freiwilligen Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte“ oder aber die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). Letztlich müssen sich alle Unternehmen bei einem Engagement im Konfliktgebieten dazu verpflichten, alle Aktivitäten zu vermeiden, die zur Konfliktverschärfung beitragen könnten.

CSR WeltWeit: Bemerken Sie auch eine veränderte Haltung auf Seiten der wirtschaftlichen Akteure, was die Übernahme von Verantwortung in einem derart komplexen Kontext betrifft?

Mathias John: Wir sehen durchaus eine positive Entwicklung bei Akteuren aus der Wirtschaft, was eine sensitive Herangehensweise bei Konfliktsituation angeht. Ich glaube, dass eine ganze Reihe von Unternehmen mittlerweile ein Bewusstsein dafür entwickelt hat, dass eine konfliktsensitive Unternehmenspraxis auch schon kurz- oder mittelfristig durchaus wirtschaftlicher sein kann als Ignoranz und Ablehnung jeglicher Verantwortung. Dies lässt sich meines Erachtens durchaus auch auf eine neue Dialogkultur zwischen wirtschaftlichen Akteuren, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Politik zurückführen. Ein Beispiel dafür sind die „Freiwilligen Grundsätze für Wahrung der Sicherheit und Menschenrechte“, die gemeinsam zwischen der Erdölindustrie, Regierungsvertretern einiger Staaten und Vertretern wichtiger Nichtregierungsorganisationen entwickelt wurden, oder auch die ebenfalls bereits oben genannte „Extractive Industries Transparency Initiative“. Letztlich gehe ich aber davon aus, dass wir ohne den öffentlichen Druck, der durch Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen in den letzten Jahrzehnten immer wieder entstanden ist, heute sicherlich noch nicht so weit wären.

Fatal wäre es aber, sich jetzt auf dem Erreichten „auszuruhen“. Freiwillige Maßnahmen und Dialogprozesse wie der Global Compact sind wichtig und unerlässlich, müssen aber um weltweit einheitliche und verbindliche Regelungen ergänzt werden. Deren Einhaltung muss natürlich überwacht und von Sanktionen bei Verstößen begleitet werden. Nur mit solchen zu freiwilligen Maßnahmen komplementären einheitlichen Spielregeln für alle globalen Spieler lässt sich das für ein angemessenes konfliktsensitives und menschenrechtskonformes Verhalten sowie für fairen Wettbewerb notwendige „level playing field“ sichern.

CSR WeltWeit: Deutsche Unternehmen sind eher selten direkt von gewaltsamen Konflikten betroffen, da sie Investitionen in diesen Regionen meiden. Dagegen herrschen an vielen Standorten im Ausland latente Konflikte und Spannungen, die zu eskalieren oder erneut auszubrechen drohen. Welchen Beitrag können Unternehmen unter diesen Umständen zur Stabilisierung und Friedenssicherung leisten?

Mathias John: Gerade bei latenten Konflikten und Spannungen können Unternehmen sehr schnell mit schwerwiegenden Risiken konfrontiert werden, die bei der ursprünglichen Entscheidung über ein Auslandsengagement noch nicht absehbar waren. Umso wichtiger ist es, auch unterhalb der Schwelle offener gewaltsamer Konflikte die Lage sorgfältig zu bewerten und die Risiken abzuschätzen, um gegebenenfalls parallel Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuplanen. Hier können sich Unternehmen durchaus einbringen und beispielsweise Konsultationen und Partizipation auf lokaler Ebene sicherstellen, auf Transparenz der Finanzflüsse und angemessene Beteiligung der Bevölkerung vor Ort an den Einnahmen achten. Gerade in solchen Situationen ist es essenziell, im Sinne von Konfliktminderung und Stärkung der Rechtssicherheit zu wirken und zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen. Allerdings ist auch die Bundesregierung hier in der Pflicht, unterstützend tätig zu werden und beispielweise Fragen der Menschenrechte und Konfliktbeilegung in Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung zu verankern.

CSR WeltWeit: Welches sind Ihrer Erfahrung nach die größten Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Umsetzung einer verantwortungsvollen Unternehmensführung in Konfliktregionen? Was sind die wichtigsten Schritte, um diesen erfolgreich zu begegnen?

Mathias John: Unserer Einschätzung nach fehlt letztlich dann häufig doch noch das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden Bewertung der Situation vor Ort, einer Risikoabschätzung unter Einbeziehung aller notwendigen Akteure und Faktoren, die die jeweilige Konfliktsituation ausmachen. Angesichts der hohen Komplexität von Konfliktsituationen sollten sicher auch noch systematischer „Werkzeuge“ und Hilfestellungen für verantwortungsvolle und konfliktsensitive Unternehmensaktivitäten entwickelt werden.

CSR WeltWeit: Wo erhalten deutsche Unternehmen Rat und Unterstützung, um (geplante) Investitionen im Ausland konflikt sensitiv zu gestalten? Welche Hilfestellungen leistet Amnesty International hier?

Mathias John: Unterstützung erhalten deutsche Unternehmen sicherlich durch staatliche Stellen und die Wirtschaftsverbände im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung. Auch die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz) hat sich des Themas Konflikte und Wirtschaft angenommen, sie bietet Informationen an und führt Projekte dazu durch. Wichtig ist aus unserer Sicht auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch, wie er beispielsweise in Dialogforen wie dem Deutschen Global Compact-Netzwerk stattfindet. Und nicht zuletzt bieten viele Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen oder auch Beratungsunternehmen ihre Unterstützung an.

Amnesty stellt einen großen Fundus von Berichten über die Menschenrechtssituation in den Zielländern zur Verfügung – angefangen bei den umfassenden Jahresberichten bis hin zu Länder- und Themenpapieren, mit denen wir teilweise sehr kurzfristig auf aktuelle Entwicklungen reagieren und die gerade wegen ihrer Aktualität für eine Entscheidungsfindung durchaus hilfreich sein können. Darüber hinaus gibt es bei Amnesty in Deutschland und international viele Expertinnen und Experten, die auf Anfrage Hilfestellung leisten können.

Zum Gesprächspartner:

Dr. Mathias John, Jahrgang 1957, arbeitet seit 1980 ehrenamtlich bei amnesty international (ai) zu den Themen Rüstung und Menschenrechte sowie Wirtschaft und Menschenrechte und ist Sprecher des entsprechenden Arbeitskreises der deutschen Sektion von amnesty international. Seit 2003 ist der anerkannte Rüstungsexperte an der Koordination der internationalen Kampagne »Waffen unter Kontrolle« von amnesty international, Oxfam und dem internationalen Kleinwaffenaktionsnetzwerk beteiligt.